

POSTULAT von Heidi Bucher-Steinegger (Grüne, Zürich), Peter Schulthess (SP, Stäfa) und Rolf A. Siegenthaler (SVP, Zürich)

betreffend Nachfolgestudie zum Einsatz von Psychopharmaka bei Kindern und Jugendlichen

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die von der Zürcher Hochschule für angewandte Wissenschaften (ZHAW) vorgeschlagene Nachfolgestudie zum Einsatz von Psychopharmaka bei Kindern und Jugendlichen, wie sie im Bericht «Interventionen bei psychischen Störungen von Kindern und Jugendlichen», Mai 2010, vorgeschlagen wird, unverzüglich in Auftrag zu geben.

Heidi Bucher-Steinegger
Peter Schulthess
Rolf A. Siegenthaler

111/2011

Begründung:

Der Regierungsrat hat aufgrund des Postulats KR-Nr. 202/2006 bei der ZHAW einen Bericht «Interventionen bei psychischen Störungen von Kindern und Jugendlichen» in Auftrag gegeben. Die Studie, welche das Ergebnis dieses Auftrags ist, zeigt Aspekte derjenigen Krankheiten in der Kinder- und Jugendpsychiatrie auf, die üblicherweise mit Psychopharmaka behandelt werden. Sie analysiert zudem die Wirksamkeit, Zweckmässigkeit und Wirtschaftlichkeit der Psychopharmakabehandlungen bei den drei häufigsten für eine Psychopharmakotherapie indizierten psychischen Krankheiten des Kindes- und Jugendalters.

Auf das im Postulat KR-Nr. 202/2006 verlangte Monitoring wurde aus Kostengründen verzichtet. Es bleibt laut ZHAW-Studie deshalb offen, wie psychische Probleme von Kindern und Jugendlichen in der Praxis behandelt werden. Die Forschenden schlagen zwar kein Monitoring, aber eine andere sinnvolle Nachfolgestudie vor, die exemplarisch am Beispiel des Aufmerksamkeitsdefizit – Hyperaktivitätssyndrom (ADHS) aufzeigen soll, wie die Verbreitung dieser psychischen Störungen unter Kindern und Jugendlichen im Kanton Zürich ist (Zeitverlauf / Entscheidungsprozess der Eltern für die Inanspruchnahme der professionellen Hilfe und der Art der Intervention / Bedeutung des sozialen Umfeldes, insbesondere der Schule, für die Wahl bestimmter Interventionen).

Es gibt wenige aktuelle und publizierte oder wenigstens zugängliche Daten zur Häufigkeit psychischer Störungen unter Kinder und Jugendlichen und den damit verbundenen Interventionen. Zudem fehlen unabhängige Untersuchungen, welche die (langfristige) Zunahme von Wohlbefinden bei den Betroffenen nach Interventionen überprüfen und belegen. Es existieren jedoch viele unüberprüfte Alltagstheorien und Hypothesen. So besteht der Verdacht, dass die Zunahme von Psychopharmaka-Abgaben mit der Unfähigkeit der Schule zu tun habe, bewegungsfreudigen Knaben (und manchmal auch Mädchen) das nötige Umfeld zu bieten, und sie deshalb mit Psychopharmaka ruhig gestellt würden. Eine weitere Alltagstheorie ist die Idee, dass das Marketing und die Verkaufslust von Pharmafirmen Ärzte und Ärztinnen zur vorschnellen Abgabe von Psychopharmaka motiviere, ohne dass eine genaue Problemanalyse vorgenommen werde und nichtmedizinische Massnahmen ausreichend geprüft würden.

Es ist die Aufgabe des Kantons Zürich, solche gravierende Vorwürfe ernst zu nehmen, sie zu widerlegen oder entsprechende Risikominimierungen vorzunehmen.